tig erörtert werden, wenn festgestellt wird, ob die wirtschaftlichen Schäden infolge eines Mißbrauchs von Entscheidungsbefugnissen herbeigeführt wurden. Die inhaltliche Bestimmung des wirtschaftlichen Entscheidungsmißbrauchs muß an den objektiven Forderungen der Ökonomie, der Leitung und des individuellen Leistungsvermögens bei der Bewältigung dieses Prozesses orientiert sein.

Damit wird der Bereich individueller Pflichten erfaßt und werden Art und Weise sowie Maß von Verantwortung und Verantwortlichkeit des einzelnen für das Verursachen wirtschaftlicher Nachteile und Fehlleistungen bestimmt. Die u. a. von den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten gestellten objektiven Anforderungen an die Qualität der Leitungs- und Entscheidungsarbeit, die an die Person des Handelnden zu richtenden Leistungsanforderungen und die zu verlangenden Leistungsbereitschaften sowie die entsprechend der Konkretheit der Entscheidungssituation notwendigen Handlungs- und Initiativbereitschaften sind Orientierungspunkte, die einer spezifisch inhaltlich-sozialen Betrachtung und Wertung bedürfen; sie bestimmen die objektiven Maßstäbe und Erfordernisse wirtschaftlicher Leitungs- und Entscheidungstätigkeit.

In der sozialistischen Gesellschaft ist die Verantwortung des Menschen die entscheidende Ausgangsfrage für die Prüfung und Feststellung von Verantwortlichkeit und Schuld. Die Verantwortung des Menschen in und vor der sozialistischen Gesellschaft, das „Maß der staatsbürgerlichen und persönlichen Verantwortung des Menschen wird bestimmt durch die Rolle, die er in der Gesellschaft spielt, bei der Leitung der Geschehnisse, durch die Stufe seiner möglichen Einwirkung auf sie, durch die Grenzen der persönlichen Freiheit, das heißt dadurch, vor welche Wahl der Mensch gestellt wurde, in welchem Maße er die Folgen solcher Handlungen, an denen er sich beteiligte, erkannt hat oder erkennen konnte“ ^{16/}

Von einer solchen marxistisch-leninistischen Grundposition her sind die um Verantwortung und Schuld des Menschen für eine konkrete Handlung gruppierten Fragen zu beantworten.

Für den Bereich der Volkswirtschaft sind die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der entwickelten sozialistischen Gesellschaft entscheidende Ausgangspunkte, um das soziale Anforderungsniveau an die Leitungs- und Entscheidungsarbeit und damit die Verantwortung konkret zu bestimmen. Auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln setzen das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus und die daraus folgende vom VIII. Parteitag der SED formulierte Hauptaufgabe die Maßstäbe für die grundlegenden wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Zielstellungen sowie für die Mittel und Methoden, mit denen sie zu erreichen sind. In diesem Prozeß kommt es darauf an, die schöpferischen Kräfte der Menschen allseitig zu entfalten. Die dazu erforderlichen materiellen Bedingungen werden im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß geschaffen.

Die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion setzt eine wachsende Effektivität der menschlichen Arbeit und den rationellen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Fonds, Maschinen, Anlagen und Materialien voraus. Damit stellt sich das von Marx formulierte Gesetz der Ökonomie der Zeit^{17/} als Grunderfordernis sozialistischer Wirtschaftstätigkeit dar. Das öko-

nomische Grundgesetz wird wesentlich über die Einsparung von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit und die Steigerung des Wirkungsgrades der gesellschaftlichen Arbeit realisiert.

In der sozialistischen Gesellschaft erfährt das Gesetz der Ökonomie der Zeit eine spezifische Konkretisierung im sozialistischen Sparsamkeitsprinzip. Dieses Prinzip ist ein entscheidender Ausgangspunkt bei der Bestimmung des Anforderungsniveaus an jede wirtschaftliche Entscheidungs- und Leitungsarbeit. Es ist auch aus der Sicht des vom einzelnen zu erbringenden, nicht zu unterschreitenden Mindestmaßes an sozialer Leistung bei wirtschaftlichen Entscheidungen bedeutsam. Diese Grundaussage gilt auch für die Durchsetzung des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft sowie für die auf gegenseitigem Vertrauen beruhende und den höchsten gesellschaftlichen Nutzen anstrebende wirtschaftliche Zusammenarbeit der Betriebe und Kombinate untereinander sowie mit den wirtschaftsleitenden Organen des sozialistischen Staates.

Die Beziehung zwischen den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus und den Aufgaben des sozialistischen Staates besteht m. E. also dem Wesen nach darin, die ökonomischen Gesetze mit den politischen Mitteln des sozialistischen Staates bewußt zu verwirklichen und die Dialektik von gesellschaftlicher Produktion und gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung im Sinne der vom VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe zum Ausgangspunkt jeder Leitungs- und Planungstätigkeit zu nehmen.

Die der Erfüllung der Hauptaufgabe dienende Leitungs- und Planungstätigkeit ist auch mit den Mitteln des sozialistischen Strafrechts vor kriminellen Angriffen zu schützen. Ausgehend vom ökonomischen Grundgesetz, der vom VIII. Parteitag gestellten Hauptaufgabe und den weiteren ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, sind diejenigen Verhaltensmaximen im volkswirtschaftlichen Bereich zu umgrenzen, deren schuldhaftes Verletzung die Gesellschaftsgefährlichkeit bzw. Gesellschaftswidrigkeit wirtschaftlich relevanter Handlungen objektiv bestimmen.

Zur Bestimmung der Rechtspflichten der Wirtschaftsfunktionäre

Die bloße Bezugnahme auf die genannten Gesetzmäßigkeiten reicht zur Bestimmung der geforderten Verhaltensmaximen nicht aus. Es muß vielmehr untersucht werden, welche Schlußfolgerungen im jeweiligen Verantwortungsbereich aus diesen Gesetzmäßigkeiten zu ziehen sind.

In grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen, die die rechtlichen Anforderungen an den jeweiligen Adressaten (Wirtschaftsfunktionär) kennzeichnen, sind spezifische Rechte und Pflichten enthalten. Damit werden ökonomische Notwendigkeiten in den Rang von Rechtspflichten erhaben, wie sie aus der Sicht des § 9 StGB für das sozialistische Strafrecht bedeutsam sind. Diese Transformation ökonomischer Erfordernisse in individuelle Rechte und Pflichten für bestimmte Adressaten erfolgt nicht direkt und wird in der Wirtschaftstätigkeit oft über mehrere Zwischenglieder vermittelt.

In jedem Fall ist aber zu beachten, daß immer dann, wenn die ökonomischen Entscheidungen unmittelbar auf die Entwicklung der Volkswirtschaft oder wichtiger Bereiche zurückwirken, auch die gesetzlich fixierten Entscheidungsrechte und -pflichten für den einzelnen ein höheres Maß an Allgemeinheit besitzen. Rechtsakte, die die grundlegenden Rechte und Pflichten der selbständig wirtschaftenden Einheiten und damit wesentlich die der Wirtschaftsfunktionäre dieser sozialisti-

^{16/} Schischkin / Schwarzmann, Das XX. Jahrhundert und die moralischen Werte der Menschheit, Moskau 1968, S. 264 (russ.), zitiert nach: Römer, Moralische Verantwortung und sozialistisches Verantwortungsbewußtsein, Berlin 1973, S. 38.

^{17/} Vgl. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 89.